



Erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel

Hintergrund ➔ Wandel des Gedenkens 60 Jahre nach der Befreiung

Die medial multiplizierte Debatte über den erinnerungspolitischen Umgang mit der NS-Vergangenheit strebt mit Serien in Tageszeitungen, Sonderbeilagen in Wochenmagazinen und einer Welle von Fernsehsendungen seinem Höhepunkt zu. Einige Schlaglichter auf die gegenwärtige Auseinandersetzung.



60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus zeichnet sich ein einschneidender »erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel« (Norbert Frei) ab. Hierbei sind mehrere Entwicklungslinien festzustellen.

Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis

Erstens beginnt sich die Erinnerung an die Shoah und die Zeit des Nationalsozialismus von ihren eigentlichen Trägern zu lösen. Mit dem allmählichen Verschwinden der Zeitzeugen vollzieht sich ein Wechsel vom »kommunikativen« zum »kulturellen« Gedächtnis, mit der Konsequenz, dass die »Erinnerung an den Holocaust (...) fortan vermittelt werden« muss und dabei »ausschließlich auf Repräsentation angewiesen« ist. Zugleich ist seit einigen Jahren eine »Europäisierung« der Erinnerung an die Shoah zu verzeichnen. Im Zuge des europäischen Einigungsprozess fungiert die Metapher »Auschwitz« als (negativer) Gründungsmythos eines sich gleichermaßen demokratisch wie wehrhaft begreifenden Europa.

Zweitens lässt sich nicht nur von einer »Europäisierung«, sondern auch von einer »Globalisierung« der Shoah-Erinnerung sprechen. Vermittelt durch die grenzüberschreitende

Medialisierung der Welt ist der Begriff »Holocaust« im globalen Rahmen zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin avanciert. Die jüdischen Opfer der Shoah fungieren als Bezugspunkte und Kronzeugen für soziale oder ethnische Gruppen, die sich in der Gegenwart mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert sehen.

Die Feststellung, dass die Shoah Eingang in ein entstehendes »globales Gedächtnis« gefunden hat, ist zunächst positiv zu werten. Gegen eine vor allem von den USA ausgehende Menschenrechtserziehung, die sich die Shoah zum Bezugspunkt ihrer Pädagogik wählt, dürfte wenig einzuwenden sein. Im Hinblick auf die Intentionen rot-grüner Geschichtspolitik sowie die aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse in Deutschland erweisen sich die geschilderten Entwicklungen jedoch als hoch problematisch. In seiner Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel »ein Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen« habe. Er reklamierte für die Bundesrepublik »das Bewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt,

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de

<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Versteckspiel neu aufgelegt

Berlin • Die Broschüre »Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen« wurde überarbeitet und ist nun in der 5. Auflage erschienen. Das von der *Agentur für soziale Perspektiven – ASP* herausgegebene Werk wurde überregional konzipiert und trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung, insbesondere im Bereich der Bekleidungsmarken und Publikationen. Die inzwischen vergriffenen Regionalausgaben Berlin/Brandenburg und Südwest eingeschlossen hat die Broschüre damit eine Gesamtauflage von über 36.000 Exemplaren erreicht. ◀



Apabiz, ReachOut und Tacheles legen Chronologien vor

Berlin • Wie bereits 2004 hat das *apabiz* auch in diesem Jahr gemeinsam mit *ReachOut* und *tacheles reden!* der Öffentlichkeit gemeinsame Chronologien über rechte und antisemitische Aktivitäten vorgelegt. Danach ist die Zahl der rechten Attacken in Berlin weiter gestiegen, wie die Chronologie über Angriffe belegt, die rassistisch, antisemitisch, schwulenfeindlich oder rechtsextremistisch motiviert waren. Die Zusammenstellung führt insgesamt 71 Meldungen auf, die in den Medien oder von den Opfern veröffentlicht wurden. Dabei handelte es sich in 53 Fällen um Gewalttaten (2003: 42 Gewalttaten in 66 Meldungen). Rassistisch motiviert waren davon 16 Angriffe. Wie zufällig und unorganisiert die meisten rassistisch motivierten Taten stattfinden, lässt sich am Beispiel eines Angriffs auf einen Mann aus ▶



Links und unten: Gedenken zum 60. Jahrestag der Befreiung des Frauen-KZ Ravensbrück am 17. April. Frauen aus Polen, der Ukraine, Russland, Frankreich, Israel, Spanien und Italien gedachten ihrer ermordeten Leidensgenossinnen.

Unten links: Auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Buchenwald wird am 10. April an die Befreiung der Konzentrationslager vor 60 Jahren erinnert. Etwa 500 ehemalige KZ-Häftlinge aus mehreren Ländern nahmen an der Gedenkveranstaltung teil.



aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinander zu setzen, doch nach vorne blickt.«

Debatte um deutsche Opfer

In der öffentlichen Debatte über die NS-Vergangenheit halten viele aus der Generation der »Kriegskinder« den Zeitpunkt für gekommen, die eigenen traumatischen Kriegserfahrungen gleichberechtigt neben dem Holocaust als zentralen Deutungszugang zur NS-Vergangenheit zu etablieren. Dem liegt die Behauptung zugrunde, die generationelle Erfahrung des Bombenkrieges sei im Angesicht der Dimension der Shoah einem kollektiven gesellschaftlichem Beschweigen anheim gefallen. Erst jetzt, so argumentiert u.a. die dem BUND DER VERTRIEBENEN nahestehende Publizistin HELGA HIRSCH, könne unbefangen über deutsche Leiderfahrungen gesprochen werden. Dies blendet aus, dass die Leiderfahrungen von Vertreibung und Bombenkrieg jahrzehntelang den Geschichtsunterricht am Abendbrotstisch bestimmten, während über die Shoah geschwiegen wurde. Die in letzter Zeit in rascher Folge erschienen Erinnerungsbücher der Kriegskindergeneration über die NS-Zeit und die weitgehende Schuldabwehr nach dem Krieg, zeichnen ein »schön unscharfes Bild« (Harald Welzer) von den als Väter und Großväter handelnden Akteuren der NS-Zeit. Im Kern der Debatte geht es um die Frage, ob die Rede von deutschen Opfern sich als nationales Narrativ im Hinblick auf die NS-Vergangenheit etablieren kann.

Die Ziele rot-grüner Geschichtspolitik unterscheiden sich wenig von denen der Kohl-Ära, geht es doch darum, das Projekt einer »demokratisch geläuterten«, aber nach Welt-

geltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Auf dem Weg hin zur »Normalisierung« lassen sich jedoch spätestens seit 1998 Paradigmenwechsel feststellen, die tatsächlich aus dem von Schröder konstatierten generationellen Umbruch resultieren. Anders als die von Kohl repräsentierte »Flakhelfergeneration« verstehen sich die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik als Repräsentanten einer vor allem durch die Chiffre »1968« geprägten Generation, die zum einen vorbehaltlos die Auseinandersetzung mit der Shoah ins Zentrum ihrer geschichtspolitischen Positionen rückt, zum anderen jedoch wie selbstverständlich einen »unverkrampten« (Roman Herzog) Umgang mit der Vergangenheit praktiziert. Als ein Beispiel für diese Haltung mag die Kontroverse um die Flick-Collection dienen, deren öffentliche Präsentation in Berlin die Bundesregierung im September 2004 gegen alle Proteste entschieden befürwortete.

Geschichts- und Außenpolitik unter rot-grüner Hegemonie sind eng miteinander verbunden. Eine Verbindung, die sich besonders deutlich zeigte, als es im Frühjahr 1999 darum ging, den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites »Auschwitz«. Die bereits erwähnte Tendenz zu einer »Europäisierung« der Shoah-Erinnerung kommt dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. »Auschwitz« ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundie-



ren. Die Shoah würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als eine Geschichte aktiv erfahrenen Leids interpretiert.

Entdifferenzierung des Gedenkens?

Den großen Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch nach 60 Jahren nicht geben. Wohl aber dürfte das Gedenkjahr 2005 eine Zäsur darstellen. In ihren Bemühungen, den Umgang mit der NS-Vergangenheit zu »normalisieren«, haben sich die geschichts- und erinnerungspolitischen Vorstöße der rot-grünen Regierung bereits als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die vergleichsweise plumpen Initiativen der Kohl-Ära.

Allerdings könnte ein Regierungswechsel 2006 zu einer Neupositionierung der Geschichtspolitik führen. Die im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« lassen erkennen, wohin die Entwicklung gehen soll. Künftige Erinnerungskulturen dürften demnach gekennzeichnet sein durch eine »Entdifferenzierung des Gedenkens« unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen. Die Erkenntnisse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich über die Präzedenzlosigkeit der Shoah, werden, so steht zu

befürchten, im Gerede von der »doppelten Diktatur« verloren gehen.

Ausblick

Dieser »Rhetorik der Plattitüden« (Norbert Frei) entgegenzutreten, sollte eines der zentralen Anliegen einer antifaschistischen Linken sein. 60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sind die Tendenzen, die Erinnerung an die Opfer der Shoah für vordergründige machtpolitische Ziele entweder zu vereinnahmen oder zu nivellieren, stärker denn je. Der »abstrakte Radikalismus« (Klaus Theweleit) einer Linken, die zwar vorgibt, das Wissen um die Präzedenzlosigkeit der Shoah zum Grundaxiom ihrer politischen Praxis gemacht zu haben, in Wirklichkeit mit diesem »Wissen« aber lediglich moralische Identitätspolitik betreibt, wird den geschilderten Entwicklungen kaum Einhalt gebieten.

Angesichts der Tatsache, dass uns die letzten überlebenden Opfer des Nationalsozialismus verlassen, ist es umso dringlicher, deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen zu bewahren und weiter zu erzählen. Eine Aufgabe, die Empathie und Beharrlichkeit erfordert, die sich verbalradikaler Phrasendrescherei ebenso verschließen muss, wie geschichtsblindem Aktionismus. Diese Aufgabe mag mühselig sein und alles andere als revolutionär. Für eine Linke, die ihren Antifaschismus nicht nur als Attitüde begreift, ist sie jedoch unverzichtbar.

Stefan Wieland

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Vortrag »Sicherheitspolitik im Neoliberalismus«

Kontrolle, Überwachung und Strafe

Neben Vorträgen und Bildungsmaterialien, die sich unmittelbar mit den Themen Antifaschismus und Antirassismus befassen, haben wir auch einige Arbeiten im Programm, die sich verwandten Themen widmen, wie z.B. Staat, Gesellschaft, Repression.

Eine solche ist der Vortrag zu »Sicherheitspolitik im Neoliberalismus«, der den Zustand und die Veränderung von Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels im Neoliberalismus, deren Auswirkungen sowie die Akteure und Ideologien hinter dieser Entwicklung skizziert. Dabei werden Funktion und Wirkung klassischer Formen sozialer Kontrolle wie des Strafrechts und der Überwachung ebenso in den Blick genommen, wie neue Prak-

tiken von Kontrolle. Davon ausgehend wird versucht, eine kritische Perspektive auf die herrschende Sicherheitspolitik und eine Strategie für einen politischen Umgang mit dieser zu entwerfen.

Ziel des Vortrags ist es, eine grundlegende Analyse von Überwachung, Strafe, Kontrolle und Ausschluss als Formen sozialer Kontrolle zu vermitteln, die es auch ermöglicht, eine weitergehende, fundierte politische Praxis in diesem Themenfeld zu entwickeln. Auf Wunsch können ergänzend praktische Aspekte erörtert werden, wie z.B. rechtliche und technische Grundlagen von Kommunikations- und sonstiger Überwachung. Der Vortrag kann als Abend- oder Halbtagesveranstaltung abgehalten werden. ◀

Guinea am 22. April 2004 darstellen, der am S-Bahnhof Schönhauser Allee von zwei Männern rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten worden war. Die Täter waren weder organisiert noch bislang mit rassistischen oder rechten Straftaten in Erscheinung getreten. Bei diesem Fall handelt es sich um den einzigen, in dem 2004 eine versuchte Tötung angeklagt wurde. Elf Angriffe richteten sich gegen alternative Jugendliche; zudem wurden acht Angriffe bekannt, die sich ausdrücklich gegen Linke richteten. In diesen Fällen kann davon ausgegangen werden, dass die Täter aus rechtsextrem organisierten Kreisen kommen und ihre Opfer zum Teil gezielt ausgewählt haben.

Die auf einer Presseauswertung basierende bundesweite Chronologie antisemitischer Vorfälle vom Jahr 2004 zeigt eine Steigerung antisemitischer Übergriffe, darunter alleine 48 veröffentlichte Schändungen von jüdischen Einrichtungen und Mahn- und Gedenkstätten (2003: 35). Die Dunkelziffer ist jedoch erheblich höher. Auch die Anzahl tätlicher Übergriffe auf Menschen mit erkennbaren jüdischen Emblemen oder ritueller Kleidung ging 2004 mit sechs Angriffen (2003: fünf) nicht zurück. Aus den Daten wird ersichtlich, dass Übergriffe in der gesamten Bundesrepublik stattfinden, konstant in Ost und West – tätliche Angriffe auf Menschen gab es in Wismar, Berlin, Hagen und Frankfurt a.M.

Die Zahlen zeigen, dass Verlautbarungen und offensiv demonstrierter guter Wille nicht ausreichen angesichts eines Antisemitismus, der sich in Deutschland immer stärker manifestiert. Eine ernsthafte Arbeit gegen Antisemitismus verlangt mehr als eine oberflächliche Symptombekämpfung, die auf internationales Ansehen abzielt – es muss bedeuten, die spezifischen deutschen Wurzeln des Problems einzubeziehen.

Die vollständige Chronologie kann unter www.apabiz.de eingesehen und heruntergeladen werden. ◀

Hausbesetzer ermordet

Barcelona • Am 11. Dezember vergangenen Jahres ist der Hausbesetzer Roger an den Folgen eines Angriffs von Neonazis gestorben. Im August 2004 war es während eines Stadtteilfestes zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und einer Gruppe von Hausbesetzern ge- ▶



»Recht auf Bildung« für Neonazis?

Hintergrund ☞ Der Umgang mit einem Neonazi an der FH Frankfurt a.M. wird zum Lehrbeispiel für das Versagen der Zivilgesellschaft

kommen, in deren Verlauf Roger schwer verletzt wurde: Einer der Nazis stach mit einem Schlagring mit aufgesetzter Klinge auf den Hals von Roger ein, der im Krankenhaus in ein künstliches Koma versetzt wurde und dann im Dezember verstarb. ◀

Landser-Urteil bestätigt

Karlsruhe • Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen den LANDSER-Sänger MICHAEL REGENER bestätigt. Das Berliner Kammergericht hatte REGENER und zwei weitere Mitglieder der Band bereits im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung sowie Aufforderung zu Straftaten zu Freiheits- oder Bewährungsstrafen verurteilt. ◀

Zündel wieder zu Hause

Toronto/Frankfurt a.M. • Anfang März ist der Revisionist ERNST ZÜNDEL von Kanada nach Deutschland abgeschoben worden, nachdem hier seit 2003 ein Haftbefehl wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen ihn vorliegt. Der 65jährige lebte seit 1958 in Kanada, wo er 1976 den SAMISDAT-VERLAG gründete, der neben revisionistischer Literatur auch den GERMANIA-RUNDBRIEF herausgab. 2001 verlegte ZÜNDEL seinen Wohnsitz in die USA. Weil er kein gültiges Visum besaß, wurde er Anfang 2003 von der dortigen Einwanderungsbehörde festgenommen und nach Kanada abgeschoben. Dort beantragte er politisches Asyl, da ihm die Abschiebung nach Deutschland drohte. Vertreter der Regierung und der Sicherheitsbehörden stuften ZÜNDELS Aktivitäten und internationale Kontakte als Bedrohung der nationalen Sicherheit ein, sein Asylantrag wurde abgelehnt. ◀

Jugendliche Rechtsterroristen verurteilt

Potsdam • Am 7. März endete vor dem Oberlandesgericht der seit Jahrzehnten erste Prozess gegen eine Neonazi-Gruppe wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Die angeklagten Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt: Der Anführer aus Nauen erhielt viereinhalb Jahren, die übrigen Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Neonazis hatten in den letzten beiden Jahren als KAMERADSCHAF FREIKORPS neun Brandanschläge verübt (s. *monitor*) ▶

Der 31-jährige SÖREN BRÜHL aus Taunusstein bei Wiesbaden zählt mittlerweile zur »Neonazi-prominenz«: Die taz widmete ihm ein ausführliches Kapitel, in der BILD-Zeitung nahm sein Foto eine halbe Seite ein. BRÜHL ist exponiertes Mitglied der sich überaus militant gebärdenden Neonazigruppe SCHWARZE DIVISION – und er ist Diplomand an der Fachhochschule Frankfurt am Main, Studiengang Sozialpädagogik.

Fünf Jahre konnte SÖREN BRÜHL an der FH ohne Probleme studieren. Zwar wurde er von einzelnen KommilitonInnen als »Rechter« wahrgenommen, doch zum Thema wurde dies erst im Herbst 2004, nachdem er es durch ein aggressives Auftreten im Rahmen eines Neonaziaufmarsches in die Medien geschafft und ihn antifaschistische StudentInnen erkannt hatten.

Groß war die Empörung, als ein Aushang über SÖREN BRÜHLS Aktivitäten in der SCHWARZEN DIVISION informierte – allerdings mokierten sich viele StudentInnen über eine angebliche antifaschistische »Hetzjagd« auf einen Kommilitonen, empfanden die betont sachlichen Informationen als »unfairen Angriff« und forderten unverblümt »Meinungsfreiheit« für den Neonazi. Einzelne Stellungnahmen bedienten dabei – wenn auch unbewusst – beinahe punktgenau die Diktion der Rechten, die sich stets als Opfer stilisiert, den Schutz der Demokraten für sich einfordert und darüber versucht, AntifaschistInnen in Täterrollen zu drängen, als totalitär zu diskreditieren und aus dem demokratischen Konsens auszugrenzen. Darüber hinaus wurde der gestandene Neonazi, der bis

heute keinen Hehl aus seiner politischen Einstellung macht, von einigen seiner KommilitonInnen zum Fall für die Sozialarbeit erklärt. Seine Aktivitäten im harten Kern der Neonaziszene werden vielfach als Privat- bzw. Freizeitangelegenheit angesehen, die kein Problem darstelle, sofern er sie nicht an der FH fortführen würde. Nur eine Handvoll StudentInnen zeigte durch mehrere Veröffentlichungen und kleinere Protestaktionen antifaschistisches Engagement.

Eine Hochschule duckt sich weg

Die Verantwortung für den Umgang mit dem von Manchen (zögerlich) doch als »Problem« erkannten Zustand wird versucht, weg zu delegieren. Die Studenten und Studentinnen nehmen die FH-Leitung in die Pflicht, doch die – und mit ihr der größte Teil der Lehrbeauftragten und Professoren – sieht die Sache als interne studentische Angelegenheit. Und der vorgeblich linke AstA erklärt sich für nicht zuständig, da er sich ja um hochschulpolitische Themen zu kümmern habe.

SÖREN BRÜHL studiert indes unverdrossen weiter. Um die fehlenden Scheine bis zu seiner münd-

Der angehende Sozialarbeiter als posierender Arier. Links: Beim »Pressefest« 2004 der NPD im sächsischen Mücka mit »Arier«-Tattoo. Rechts: Als Vertreter der SCHWARZEN DIVISION bei einem Aufmarsch im hessischen Gladenbach im gleichen Jahr.



lichen Prüfung zu erhalten, hat er im laufenden Semester drei Seminare belegt. Selbstbewusst und zynisch wendet er sich per Aushang gegen die »Methoden der Gutmenschen« und versucht mit völlig absurden Behauptungen, sich als Opfer gewalttätiger AntifaschistInnen zu konstruieren. Auch »Unterstellungen, w.z.B. ich sei ein Rassist« will er »nicht mehr dulden«. Sein »Recht auf Bildung«, so lässt er anklingen, will er notfalls gerichtlich erstreiten.

Neonazismus als Neuland in der akademischen Bildung?

Vor allem das Verhalten am Fachbereich »Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Pflege«, wo der angehende Sozialpädagoge SÖREN BRÜHL studiert, war und ist geprägt von Handlungsunfähigkeit, Handlungsunsicherheit und Handlungsunwilligkeit. Dies lässt für die Zukunft wenig Gutes erwarten. Denn viele Studenten und Studentinnen aus diesem Fachbereich werden in den kommenden Jahren an verantwortlicher Stelle mit rechtsorientierten Jugendlichen oder mit deren potentiellen Opfern arbeiten. Doch wie können Menschen in sozialarbeiterische und sozialpädagogische Berufe

entlassen werden, für die die Beschäftigung mit dem Thema Neonazis beinahe Neuland ist, die auch nicht bereit oder gewillt sind, sich damit auseinander zu setzen, die Neonazis – und somit deren eliminatorischen Rassismus und Antisemitismus – eine Schutz- und Diskussionswürdigkeit zugestehen oder die mit dem »Problem« eines einzelnen auftretenden Neonazis schlicht und einfach überfordert sind?

Während die Leitung der FH die Antworten darauf bislang verweigert und unbeirrt an ihrer Linie des Aussitzens und Achselzuckens festhält, gerät die mediale Aufarbeitung zur Groteske: SÖREN BRÜHLs Professor, dem die Angelegenheit und die auf ihn gerichtete Aufmerksamkeit spürbar unangenehm ist, der sich jedoch als »befangen« erklärte und SÖREN BRÜHL die Abnahme der schriftlichen Diplomprüfung verweigern will, gerät zum Flagg-schiff der Zivilcourage, zum Helden wider Willen. Das an der FH so heftig kritisierte antifaschistische Flugblatt dient bis ins Fernsehen hinein als Vorzeigebispiel studentischen Engagements gegen Neonazis. Denn mehr Positives gibt es von der Fachhochschule Frankfurt am Main derzeit nicht zu berichten.

Michael Weiss

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Zeitschriften der Jugendbewegung Jugendbünde dokumentiert

Anfang 2005 haben wir als private Spende verschiedene Zeitschriften aus den 70er, 80er und 90er Jahren übernommen, die aus der Deutschen Jugendbewegung, Bündischen Jugend bzw. Pfadfinderbewegung stammen. Relativ geschlossen sind etwa 15 Jahrgänge von Mitte der 80er bis Ende der 90er vorhanden von: STICHWORT – BÜNDISCHE FÜHRUNGSSCHRIFT, DER EISBRECHER – ZEITSCHRIFT DER BÜNDISCHEN JUGEND sowie DIE BUSCHTROMMEL. NACHRICHTENBLATT ZU STICHWORT UND DER EISBRECHER. Ergänzt wird die kleine Sammlung durch mehrere Jahrgänge der ZEITSCHRIFT DES BUNDES DER PFADFINDERINNEN UND PFADFINDER E. V. aus der ersten Hälfte der 80er und Einzelhefte des RUNDSCHREIBENS DES FREIDEUTSCHEN KREISES aus den 70ern und frühen 80ern.

Es handelt sich dabei nicht um Zeitschriften aus rechtsextremen Jugendverbänden. Allerdings bewegte sich das STICHWORT Ende der 80er bzw. Anfang der 90er in neuem Fahrwasser. Nicht nur bei den Themen, sondern auch bei den AutorInnen, teils sogar den RedakteurInnen gab es Überschneidungen. Eine neue Redaktion hat mit dieser Tradition später gebrochen.

Die NutzerInnen des Archivs können anhand dieses Materials nachvollziehen, wie in der Jugendbewegung der Nachkriegszeit mit extrem rechtem Gedankengut und zweifelhaften Traditionsbeständen umgegangen wurde. Einerseits wurde das völkische, nationalistische oder militaristische Erbe bewusst oder auch unbewusst übernommen – andererseits verworfen und zurückgewiesen. Dies zeigte sich besonders scharf in den Auseinandersetzungen um die »überbündischen Singewettstreite«. Hilfreich ist die BUSCHTROMMEL, die außer kurzen Nachrichten aus den Bünden auch umfassende Adressenlisten bringt; dort finden sich neben harmlosen und teilweise eher linken Vereinen auch extrem rechte Gruppen.

Das *apabiz* hat in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt seiner Arbeit darauf gelegt, den Einfluss extrem rechter Tendenzen in Jugendszenen und Subkulturen und den Widerstand dagegen zu dokumentieren. Die Übernahme der Zeitschriften erweitert die Arbeitsgrundlage in diesem Feld und erlaubt es, dabei auch etwas weiter zurück zu schauen. ◀



Nr. 19). Ziele waren türkische und vietnamesische Geschäfte im Kreis Havelland gewesen. ◀

Thüringen: B&H-Bands spielen Open-Air

Thüringen • Nach Beendigung der Gedenkfeiern zur Befreiung der Konzentrationslager machen thüringische Behörden den Weg frei für neue Hass-Propaganda: Bis August sind in Thüringen drei Open-Air-Konzerte mit Rechtsrock-Bands geplant und angemeldet. Den Anfang soll am 28. Mai in Weimar der zum dritten Mal stattfindende »Thüringentag der Nationalen Jugend« machen.

Am 11. Juni soll im nahegelegenen Jena, mitten im Stadtzentrum auf dem Marktplatz, die größte Veranstaltung folgen: Neonazis planen ein »Fest der Völker«, auf dem neun europäische Rechtsrockbands spielen und Vertreter verschiedener europäischer Neonazi-Organisationen sprechen sollen. Erwartet werden Vertreter aus Rumänien, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden. Fast alle Bands sowie einige Redner gehören dem verbotenen BLOOD & HONOUR-Netzwerk an. Den Abschluss bildet dann am 9. August das dritte »NPD- ‚Rock gegen Krieg‘-Open Air« in Gera. ◀

Rassistischer Streit endet tödlich

München • Der 17-jährige Schüler Marcel S. ist an den Folgen eines rassistischen Angriffs gestorben, der sich am 30. März in der Münchner S-Bahn ereignete. Das Opfer hatte seine Freundin verteidigt, die von einer Gruppe aus der Gothic-Szene mit fremdenfeindlichen Sprüchen beleidigt worden war. Einer aus der Gruppe, der 19-jährige Markus L., schlug das Opfer mit einem Fausthieb nieder und trat ihm mit einem Stiefel gegen den Kopf. Obwohl der Täter versuchte, Marcel S. wiederzubeleben, verstarb dieser nach sieben Tagen im Koma an den Folgen ▶



einer Gehirnblutung. Die Münchner Polizei wertet die Tat als »normale Streiterei« und leugnet einen rassistischen Hintergrund. ◀

Punk ermordet

Dortmund • Am Ostermontag wurde der 31-jährige Punk Thomas S. auf einem U-Bahnhof in der Dortmunder Innenstadt von einem 17-jährigen Neonazi erstochen. Der Täter, der in der Vergangenheit schon mehrfach wegen Körperverletzungs- und Staatsschutzdelikten aufgefallen war, hatte ihm nach einem Streit ein Messer ins Herz gerammt. Das Opfer starb im Krankenhaus an seinen Verletzungen. Die Dortmunder Neonazi-Szene feiert den Mord auf Plakaten und im Internet. ◀

BdV meets »esuli«

Trieste • Der BUND DER VERTRIEBENEN (BdV) will in Zukunft mit den Organisationen italienischer Umgesiedelter kooperieren. Ähnlich wie in den ehemaligen deutschen Ostgebieten fanden am Ende des Zweiten Weltkriegs auch in den vormaligen italienischen Gegenden Jugoslawiens Umsiedlungen statt; die Betroffenen (italienische Bezeichnung: »esuli«, »Exilierter«) haben sich zu eigenen Verbänden zusammengeschlossen und verlangen Entschädigungen für früheres Eigentum.

Symbolisch manifest wurde die Kooperation der »esuli« mit dem BdV am 10. Februar in Trieste. Dort begingen die italienischen Umgesiedelten in Anwesenheit des Außenministers zum ersten Mal den »nationalen Gedenktag« zur Erinnerung an die Umsiedlung. Der 10. Februar ist der Jahrestag des Pariser Friedensvertrags vom 10. Februar 1947, in dem Italien sich zur Abtretung Istriens an Jugoslawien verpflichtete. BdV-Präsidentin ERIKA STEINBACH war in Trieste dabei und trug eine Grußbotschaft vor. Jetzt will sie mit den »esuli« kooperieren und auch in Deutschland einen »nationalen Gedenktag« durchsetzen. Vorgesehen ist derzeit der 5. August, der Jahrestag der Unterzeichnung der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«. Auch dies ist ein hoch symbolisches Datum: Es bezieht sich auf das Potsdamer Abkommen, das am 2. August 1945 verabschiedet wurde und die Umsiedlung völkerrechtlich geregelt.

Mit dem Umgesiedelten- ▶

Berliner Neonazi-Gruppen verboten

Profil ➔ Das Verbot der BASO und seine Folgen

Überraschend hat der Berliner Innensenator Eckard Körtig am 6. März die Berliner Neonazi-Gruppen KAMERADSCHAF TOR und BERLINER ALTERNATIVE SÜD-OST (BASO) verboten. Während es sich bei ersterer um eine gut organisierte Kaderorganisation mit offen neofaschistischer Ausrichtung handelte, versuchte die BASO mit einer Art rechtem Streetwork Jugendliche in Treptow/Köpenick zu agitieren. Die Gruppe kann dabei auf ein Potenzial von etwa 25 rechten Jugendlichen zurückgreifen und gilt mehr als Sammelbecken für die lokale Rechte denn als straff organisierte Neonazigruppe.

Aufgefallen war die 2003 gegründete BASO immer wieder durch die organisierten Besuche von nicht-rechten Diskussionsveranstaltungen, bei denen ihrer Forderung nach einem »Nationalen Jugendzentrum« in Treptow Nachdruck verliehen werden sollte. Vor allem ihr Anführer RENE BETHAGE, der früher Kreisvorsitzender der lokalen NPD war, suchte immer wieder den Dialog mit der Politik und gefiel sich dabei in der Rolle als Mittler zwischen den Politikern und der (deutschen) Treptower Jugend. Der in der Nazi-Szene recht unbeliebte BETHAGE ist deutlich älter als seine jugendlichen Mitstreiter und versuchte das Thema im Halbjahresrhythmus in die Medien zu bringen. So organisierte er mit der BASO am 6. Dezember 2003 eine Demonstration durch



Der Aufmarsch der BASO am 4. Dezember 2004.

Treptow, an der einige hundert Neonazis teilnahmen. Neben vielen rechten Jugendlichen aus ganz Berlin kamen auch einige überregional bekannte Kader zu diesem Aufmarsch.

Ein halbes Jahr später versuchte die BASO zusammen mit anderen Berliner Kameradschaftlern durch eine Reihe von »Hausbesetzungen« die Forderung nach einem »Nationalen Jugendzentrum« erneut zu untermauern. Allerdings kam man dabei nicht über die symbolische Besetzung eines leerstehenden Kuhstalls in Brandenburg hinaus, welche aber im Internet entsprechend in Szene gesetzt wurde. Nach einem erneuten sechsmonatigen Verschwinden aus der öffentlichen Wahrnehmung meldete BETHAGE für den 4. Dezember 2004 erneut eine Demonstration durch Treptow an. Diesmal kamen fast 500 Neonazis in den

Bezirk und demonstrierten erneut für ein »Nationales Jugendzentrum«.

Über diese Aktionen und die Teilnahme an einigen überregionalen Aufmärschen, wie z.B. dem »Hess-Marsch« in Wunsiedel, hinaus ist die BASO als Gruppe kaum in Erscheinung getreten. Abgesehen von einer selten aktualisierten Homepage ging auch keinerlei publizistische Tätigkeit von ihr aus. Dafür verhielten sich die BASO-Kader in der Öffentlichkeit umso auffälliger: Mitglieder der Gruppe waren in den vergangenen zwei Jahren immer wieder an Übergriffen gegen MigrantenInnen und Linke beteiligt. So schlug ein Mitglied der BASO einen vietnamesischen Imbissbesitzer krankenhausesreif; andere Mitglieder »verzierten« einen leerstehenden Bunker über und über mit Hakenkreuzen und nutzten ihn als Treffpunkt. Ausserdem nahmen sie immer wieder auch an Aktionen von anderen Berliner Neonazigruppen teil. Gute Kontakte bestanden vor allem zur KAMERADSCHAF TOR und zum MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZ (MHS).

Nach dem Verbot waren die Mitglieder der BASO in der gewohnten Personenkonstellation weiterhin aktiv. So wurde im April 2005 eine Veranstaltung in einem Köpenicker Jugendzentrum Ziel ihrer Aktivitäten: Mit Unterstützung von Aktivisten des MHS und Waffengewalt versuchten Anhänger der BASO die Veranstaltung zu stürmen, auf der ein Referent des *apabiz* sprechen sollte. Nur der besonnenen Reaktion der VeranstaltungsteilnehmerInnen war es zu verdanken, dass die angreifenden Neonazis sich erstmal zurückziehen mussten und der Vortrag wie geplant stattfinden konnte. Während der Veranstaltung drangen die Neonazis in zwei weitere Jugendclubs ein und bedrohten deren BesucherInnen. Anschliessend kehrten sie wieder zum ursprünglichen Ziel ihres Hasses zurück und griffen abreisende VeranstaltungsteilnehmerInnen mit Eisenstangen und anderen Waffen an.

Am selben Tag legte RENE BETHAGE Widerspruch gegen das Verbot der BASO ein. Auch im Internet beschrieben Anhänger der Grupierung recht eindeutig was sie von dem Verbot halten: »Es wurde ein Name verboten. Mehr nicht!«

Falco Schuhmann



Politik mit der NS-Vergangenheit

Rezension ➔ Frei, Norbert: »1945 und Wir: Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen«. Beck Verlag, München 2005. 224 S., 19,90 Euro.

Mit »1945 und Wir« legt Norbert Frei nach seinem 1996 erschienenen Standardwerk »Vergangenheitspolitik« eine Sammlung von Aufsätzen vor, die an die damaligen Diagnosen zur deutschen Vergangenheitspolitik anknüpfen. In der Einleitung versucht Frei eine Ortsbestimmung der NS-Vergangenheit innerhalb des politisch-kulturellen Diskurses der Bundesrepublik. Für diesen konstatiert er einen Gezeitenwechsel, der vom Aussterben der Tätergeneration und einer damit einhergehenden Veränderung in der Kommunikation der NS-Vergangenheit determiniert wird. An die Stelle von Beschweigen und Integration der Verbrechen des NS in den Diskurs trete nun das distanzierte moralische Urteil der nachgeborenen Generation. In wenigen Jahren werde die NS-Vergangenheit den Kontext der Zeitgeschichte verlassen.

Zur juristischen Aufarbeitung

Im folgenden widmet sich Frei thematischen Vertiefungen des zu Beginn skizzierten Horizonts. Ausführlich bilanziert er die Ursachen für den unbefriedigenden Verlauf der juristischen Ahndung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik. Hier erinnert er daran, dass dies nicht nur an der weitgehenden personellen Kontinuität innerhalb der Justizverwaltungen lag, sondern auch an der gesellschaftlichen Abwehr, sich jenseits abstrakter Schuldzuweisungen an die Funktionselemente des NS-Staates mit der Schuld von Tätern auseinander zu setzen. Zwar seien einzelne NS-Verbrechen in den 50er und 60er Jahren durchaus im öffentlichen Bewusstsein gewesen, doch habe man sich oftmals auch in der zeitgeschichtlichen Forschung in abstrakte Strukturanalysen der Funktionsweise des

Nationalsozialismus geflüchtet, um keine konkreten Namen und Taten nennen zu müssen. So erscheint der vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer initiierte Auschwitz-Prozess nicht als die von der FAZ im vergangenen Jahr gefeierte juristisch-moralische Selbstaufklärung der Deutschen, welche Bauer für notwendig hielt. Frei scheut sich nicht, die juristische Verfolgung von NS-Verbrechen als das zu beschreiben, was sie war: ein mühsames, gegen viele politische, persönliche und verwaltungsorganisatorische Widerstände durchzusetzendes Geschäft einiger weniger engagierter Staatsanwaltschaften.

Geschichtsmychen

In einem weiteren Kapitel wendet sich Frei der wiederkehrenden Konjunktur deutscher Geschichtsmychen zu, wie der Schlacht um Stalingrad: Auch die breite öffentliche Debatte um die Wehrmachtsausstellung habe die Geschichtsmychen rund um Stalingrad nicht aufknacken können, Stichwort »Kriegswende« und »Untergang der 6. Armee«. Dies führe die begrenzte Wirkung von seit langem bekannten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur NS-Zeit in der Öffentlichkeit vor Augen.

In der Frage der Zukunft der Erinnerungskultur übt Frei vehemente Kritik an dem von GÜNTER NOO-CKE vorangetriebenen Ansinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die DDR-Vergangenheit über den Topos »der beiden deutschen Diktaturen« in unmittelbaren Zusammenhang mit der NS-Diktatur zu setzen. Dies aktualisiere nur die strukturalistisch fixierte Totalitarismustheorie, fördere eine Entkonkretisierung historisch-politischer Verläufe der jüngeren deutschen Geschichte.

Fazit

Das stringent geschriebene Buch kann als Einstieg in viele vergangenheitspolitische Detaildiskurse, etwa in der Zeitgeschichtsforschung oder aktuell in der Debatte um die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes, gelesen werden. Es ist ein Lehrbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik, das auf knapp 200 Seiten Einsichten ermöglicht, die manche Dissertation nicht zu Tage bringt. Norbert Frei legt die Finger in die auch unter der Hegemonie rot-grüner Geschichtspolitik offenen Wunden der Vergangenheitspolitik. Dieses Buch hat eigentlich nur ein Manko: der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR und dessen Auswirkungen im Geschichtsbewusstsein der Ostdeutschen ist für Norbert Frei kein Thema. **Christian Grünert**

Gedenktag soll sie zum »Unrecht« undefiniert werden. ◀

Broschüren zu rechter Jugendkultur erschienen

Berlin • Zum Thema rechte Jugendkulturen sind zwei neue Broschüren erschienen, an deren Entstehung das *apabiz* bzw. die *Agentur für soziale Perspektiven – ASP* beteiligt waren: Der Reader »Fuck Rassismus! Unsere Toleranz hat Grenzen« der ver.di-Jugend liefert auf 104 Seiten Hintergrundinformationen und Handlungsanregungen für alle, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren wollen und entstand unter maßgeblicher Beteiligung des *apabiz*.



Von der ASP produziert wurde im Auftrag des Parteivorstandes der SPD eine Sonderausgabe der überregional konzipierten Broschüre »Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen«. Sie ist in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschienen. ◀

Kameradschaft lohnt sich nicht

Potsdam • Am 12. April hat das brandenburgische Innenministerium die KAMERADSCHAF HAUPTVOLK und deren nach einer örtlichen SA-Einheit benannte Untergliederung STURM 27 verboten, deren Schwerpunkt im brandenburgischen Landkreis Havelland und den Städten Rathenow und Premnitz gelegen hatte. Dabei wurden 41 Wohnungen in verschiedenen Bundesländern durchsucht und u.a. umfangreiches rechtes Propagandamaterial und Tonträger sichergestellt. Die beiden Gruppen waren Ende 2000 gegründete worden und bestanden aus insgesamt etwa 60 Personen; sie waren maßgeblich für Verbreitung von NS-Propaganda und Übergriffe auf politisch Andersdenkende in der Region verantwortlich. Mehr unter www.ag-westhavelland.info.ms. ◀

Das Info-Paket vom *apabiz* e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz* e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser **Info-Paket** in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des **monitor** pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des *apabiz* e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Abonnieren...

...kann man den **monitor** nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Antifaschistisches Frauennetzwerk / Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): »Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten«.* Unrast Verlag, Münster 2005.

In dem Sammelband sind Aufsätze von Wissenschaftlerinnen vereinigt, die die neuesten Entwicklungen im Bereich Frauen im Rechtsextremismus darstellen: Aktivitäten von rechtsextremen Mädchen und Frauen, Organisationsstrukturen, Kontinuitäten, Strategien und die Palette rechter Frauen(selbst)bilder.

- *Mudde, Cas (Hrsg.): »Racist Extremism in Central and Eastern Europe«.* Routledge, London 2005.

This handbook is the result of a unique collaborative research project of experts from ten states of Central and Eastern Europe. All chapters are written to a common framework, making it easier to compare individual countries and include sections on: racist extremist organizations (political parties, organizations, and subcultures), the domestic and international legal framework, numbers and types of racist extremist incidents, state and civic responses to the threat. Cas Mudde's conclusion examines the region as a whole and compares it to Western Europe.

- *Gessler, Philipp: »Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität«.* Herder Verlag, Freiburg 2004.

Die Tradition unterschiedlichster jüdenfeindlicher Vorurteile ist alt jedoch nach wie vor aktuell. Der Journalist Philipp Gessler zeichnet in der Studie die historische Entwicklung und die Ausdrucksformen der Judenfeindschaft in modernen Gesellschaften nach. Die politischen, sozialen und psychologischen Gründe, die das Entstehen neuer Formen von Antisemitismus ermöglichen, nennt er ebenso wie die Motive, die innerhalb der verschiedenen Gruppen angeführt werden.

- *Zieher, Jürgen: »Im Schatten von Antisemitismus und Wiedergutmachung. Kommunen und jüdische Gemeinden in Dortmund, Düsseldorf und Köln 1945-1960«.* Metropol Verlag, Berlin 2005.

Nach dem Holocaust war eine Etablierung jüdischer Gemeinden in Deutschland alles andere als selbstverständlich. Ob sich vermeintliche Provisorien im Laufe der Zeit zu dauerhaften Einrichtungen wandeln würden, hing insbesondere vom Lebensumfeld »vor Ort« ab. Für die jüdischen Gemeinden ergaben sich dabei zahlreiche

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

Berührungspunkte mit den Kommunen. Die vorliegende Studie untersucht erstmals in vergleichender Perspektive die Beziehungen zwischen Kommunen und jüdischen Gemeinden am Beispiel der Städte Dortmund, Düsseldorf und Köln in den Jahren 1945 bis 1960. Dabei wird deutlich, inwieweit Anspruch und Wirklichkeit der Wiedergutmachung auf lokaler Ebene übereinstimmen und wie Juden die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland erlebten.

Wieder gelesen

An dieser Stelle wollen

wir in Zukunft Werke vorstellen, die bereits länger zum Bestand des apabiz gehören bzw. auf dem Markt sind und aufgrund ihrer Qualität als »Klassiker« gelten, so dass sie eigentlich in keiner guten Bibliothek fehlen dürften.

Wie »sozialistisch« ist der gemeine »Nationaler Sozialist« von heute? Der Stellenwert der sogenannten »sozialen Frage« beschäftigt nicht zum ersten Mal die Diskussion um den Neonazismus. Im Jahr 1980 erschien der Sammelband »Nationaler ‚Sozialismus‘ von Rechts« (Verlag Klaus Guhl, Berlin 1980, 270 S.). Der Herausgeber Jan Peters war damals u.a. als Autor über die braunen Tupfer in der grünen Bewegung bekannt.

Das Buch versammelt über ein Dutzend Texte zu historischen Aspekten (u.a. zur antikapitalistischen Rhetorik der NSDAP, über die KONSERVATIVE REVOLUTION), den aktuellen Fragen (u.a. Ökologiebewegung, NEUE RECHTE). Zu den Autoren zählten u.a. Richard Stöss, Arno Klönne, Erich Fried und Ernst Bloch. Der zweite Teil besteht aus faksimilierten Dokumenten der extremen Rechten von 1919 bis 1980. Damit liefert das Werk einen auch heute noch anregenden Überblick über diese Debatte, selbst wenn viele Beiträge sehr stark der (west-)deutschen Situation Ende der 70er-Jahre verhaftet sind. Im Vorwort taucht einer auf, der sich auch aktuell berufen glaubt, zum Thema zu sprechen: Edmund Stoiber, damals noch CSU-Generalsekretär »wusste« schon 1978, »dass Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren.« Heute würde er sagen: »arbeitslose Sozialisten«.

Unter allen, die uns folgende Frage beantworten können, verlosen wir ein Exemplar des vergriffenen Buches: Welcher »braune Tupfer« aus der Gründungsphase der Grünen verstarb im Oktober 2003?